



16. Mai 2002

Auf Antrag der studentischen Senatoren hat der Senat der Fachhochschule Köln auf seiner Sitzung am 13. Mai 2002 folgende Resolution verabschiedet:

Resolution

»Das Recht auf Bildung für alle!«

In Nordrhein-Westfalen plant die rot-grüne Landesregierung, dass ab dem Sommersemester 2003 mindestens 50 Euro »Rückmeldegebühren« pro Semester zusammen mit dem Sozialbeitrag eingezogen werden sollen – von allen StudentInnen.

Hinzu kommen für »Langzeit«-StudentInnen, SeniorInnen und für ein Zweitstudium 500 Euro Strafgebühren pro Semester. Was genau unter »Langzeit« und Zweitstudium zu verstehen ist, hat die Landesregierung noch nicht bekannt gegeben.

Außerdem sollen die Landeszuschüsse für die Studentenwerke drastisch gekürzt werden, so dass die geringeren Einnahmen auch von den StudentInnen mittels erhöhter Mieten in den StudentInnenwohnheimen, erhöhten Mensapreisen und eines erhöhten Sozialbeitrages aufgefangen werden müssen.

Für die Sanierung des Haushaltes soll bei den StudentInnen abkassiert werden, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass schon jetzt viele Menschen ein Studium aus finanziellen Gründen nicht aufnehmen können; ohne Rücksicht darauf, dass ca. zwei Drittel der Studentinnen aus verschiedensten Gründen (Kindererziehung, Gremienarbeit, schlechte Studienbedingungen, etc.) ihr Studium in der Regelstudienzeit nicht abschließen können und daher neben dem Studium ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Mittels der geplanten Gebühren wird die soziale Selektion an den Hochschulen, und damit in der Gesellschaft, weiter voran getrieben.

Der Senat der Fachhochschule Köln fordert die Landesregierung auf, den geplanten Sozialabbau sofort zu stoppen. Er fordert eine Politik ein, die bessere Lebens-, Arbeits- und Studienbedingungen und Chancengleichheit für alle Menschen garantiert.

Claudiusstraße 1
D 50 678 Köln

Telefon: +49 221/82 75-31 19
Telefax: +49 221/82 75-31 31
petra.schmidt_bentum@fh-koeln.de
www.fh-koeln.de

